

4. L 91n/ L 213n, Ortsumgehung Bergheim- Glessen;
281/2006, 374/2006, 374/2006 1. Ergänzung

Verkehrsausschuss	23.11.2006	Einstimmig, o Enthaltung(en)

H. Küpper (CDU) führt an, dass in der IGVP die L 213 in der jetzt vorliegenden Form als nicht realisierbar aufgeführt ist. Weiterhin sei dort vorgeschlagen, dass eine Entlastung von Glessen unbedingt erforderlich ist.

Die von der SPD in den Verkehrsausschuss eingebrachte Resolution könne nicht im Verkehrsausschuss beschlossen werden, sondern nur im Kreisausschuss bzw. Kreistag.

Ein weiterer Hinweis in der IGVP sei die Möglichkeit der Durchführung einer Sonderuntersuchung.

Da **H. Küpper** (CDU) die Umgehung Glessens für unbedingt erforderlich hält, schlägt er vor, die Durchführung dieser Sonderuntersuchung – mit allen Beteiligten – zu beschliessen. Diese Untersuchung solle aber baldmöglichst durchgeführt werden; der Auftrag hierzu sollte noch in 2006 vergeben werden.

Dez. Kohlmann sieht hierin große Schwierigkeiten, da im laufenden Haushaltsplan die Mittel für eine Sonderuntersuchung nicht zur Verfügung stehen. Er sagt zu, dass die Verwaltung bis Ende 2006 formal alles vorbereitet, um dann in 2007 den Auftrag zu vergeben.

Die Adresse für eine andere Bewertung als die jetzige sei der Regionalrat. Ziel der Untersuchung muss also sein, vor Ort die Dringlichkeit der Maßnahme zu beweisen und dann diese Argumente dem zuständigen Ministerium vorzulegen.

Er sagt zu, die Mitglieder des Kreisausschusses in der nächsten Sitzung über den zeitlichen Ablauf der ganzen Angelegenheit zu unterrichten.

H. Kapp (Amt 66) erläutert anhand von Folien die Möglichkeiten einer Entlastung des Ortsteiles Glessen, die in Abstimmung mit Vertretern der Städte Bergheim und Pulheim, sowie dem Landesbetrieb Straßen erarbeitet wurden.

Die Folien sind dieser Niederschrift beigelegt.

Dez. Kohlmann fasst zusammen, dass es sehr notwendig sei, dies sehr intensiv insgesamt auf die Wirkung gegenüber anderer Ortsteile darzustellen. Er warnt deshalb vor übereilten Handlungen.

H. Bubacz (SPD) findet die von H. Kapp vorgetragenen Möglichkeiten für sehr diskussionswürdig, da nach der bisherigen Prognose eine Umgehung Glessens nicht gerechtfertigt war. Er fordert, dass das Ergebnis der Sonderuntersuchung so schnell wie möglich in die Gesamtüberlegungen mit einfließen muss.

Aus diesem Grunde bittet er, mit weiteren Maßnahmen bis zur Erstellung des Sondergutachtens zu warten; die von seiner Partei erstellte Resolution dem Kreisausschuss zuzuleiten.

Fr. Klöpffer (CDU) unterstützt die vorgetragene Vorgehensweise. Sie begrüßt es, wenn alle Beteiligten zusammen zum Ziel finden und lehnt es ab, wenn dies zu einer Zerreißprobe der Fraktionen führen würde.

H. Meier (CDU) gibt zu Bedenken, dass aus einer Umgehung von Glessen schnell ein Problem für die Ortsteile Brauweiler / Dansweiler und Freimersdorf werden könne. Man müsse daher die von H. Kapp vorgestellten Varianten genau betrachten.

2. **Halbjahresbericht der REVG für das 1. Halbjahr 2006**

Der Halbjahresbericht der REVG wird ohne Wortmeldung

-eilvernehmlich-

zur Kenntnis genommen.

3. **Entwerter in Zügen des Nahverkehrs**
- Antrag der GRÜNE Kreistagsfraktion vom 27.10.06 -
362/2006

Verkehrsausschuss	23.11.2006	Mehrheitlich dagegen
-------------------	------------	----------------------

Dez. Tirre berichtet, dass in allen Stadtbahnlinien Entwerter vorhanden sind, in Zügen der DB (S-Bahn, RE, RB) dagegen nicht. Nach Rücksprache mit dem VRS gibt es einen Beförderungsvertrag zwischen dem Aufgabenträger VRS und der DB, der keine Entwerter in den Zügen vorsieht. Festgeschrieben ist, dass eine Entwertung von Fahrausweisen vor Fahrtantritt in den jeweiligen Bahnhöfen stattfinden muss.

Eine Installation von Entwertern in den Zügen wäre nur mit hohen technischen und finanziellen Mitteln möglich. Hauptproblem sei dabei die Tarifgebietskennzeichnung, die dann mittels GPS-System den Entwertern den jeweiligen Standort übermitteln müsste.

Die Ausrüstung der Züge mit Entwerter und der Einbau des GPS-Systems würde einen mehrstelligen Millionenbetrag kosten.

Dez. Tirre schlägt vor, aus vorgenannten Gründen den Antrag der Fraktion „Grüne“ abzulehnen.

Der Antrag der Fraktion „Grüne“ wird mit

2 Ja-Stimmen

(Grüne)

15 Nein-Stimmen

abgelehnt.

H. Bortlitz-Dickhoff (Grüne) bittet die Verwaltung um Prüfung, ob auf allen Bahnsteigen im Rhein-Erft-Kreis Entwerter vorhanden sind.

H. Büschges (SPD) teilt die Bedenken von H. Meier und favorisiert die vorgestellte Variante der „Südlösung“.

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, folgendem Beschlussentwurf zuzustimmen:

1. Der Kreisausschuss des Rhein-Erft-Kreises appelliert an alle Landtagsabgeordneten aus dem Rhein-Erft-Kreis, sich im Rahmen der aktuellen parlamentarischen Beratung im Landtag NRW bei der Änderung des Landesstraßenausbaugesetzes für die schnelle Realisierung der L 213 / Ortsumgehung Glessen einzusetzen.
2. Die Sonderuntersuchung zur L 91n / L 213n wird schnellstmöglich vergeben.

-einstimmig-

5. **Kreisstraße von Bergheim-Glesch nach Elsdorf-Niederermbt**
- Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.09.06 -
307/2006, 368/2006

Verkehrsausschuss	23.11.2006	Einstimmig, o Enthaltung(en)
-------------------	------------	------------------------------

Die Herren Bubacz (SPD) und Nießen (CDU) danken der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der Beschlussvorlage der Verwaltung wird ohne weitere Wortmeldung

-einstimmig-

zugestimmt.

6. **Änderung der südlichen Ortseinfahrt K 23 bis L 263 in Erfstadt- Herrig;
Anfrage der CDU- Kreistagsfraktion vom 03.11.2006**

373/2006

Verkehrsausschuss	23.11.2006	Zur Kenntnis genommen
-------------------	------------	-----------------------

Die Mitteilungsvorlage der Verwaltung wird ohne Wortmeldung

-einvernehmlich-

zur Kenntnis genommen.

7. **Standards für Radverkehrsanlagen
- Antrag der GRÜNE Kreistagsfraktion vom 27.10.06 -**

360/2006

Verkehrsausschuss	23.11.2006	Zur Kenntnis genommen
-------------------	------------	-----------------------

H. Pohlmann (F.D.P.) begrüßt die Anfrage der Fraktion „Grüne“. Dabei darf es aber aus seiner Sicht bei Standartisierungen nicht dazu kommen, dass die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird.

Dez. Kohlmann schlägt vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, einen entsprechenden Katalog zu erarbeiten, diesen mit den kreisangehörigen Kommunen, der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte“ und dem ADFC abzustimmen und dann mittels Vorlage die Mitglieder des Verkehrsausschusses hierüber zu informieren.

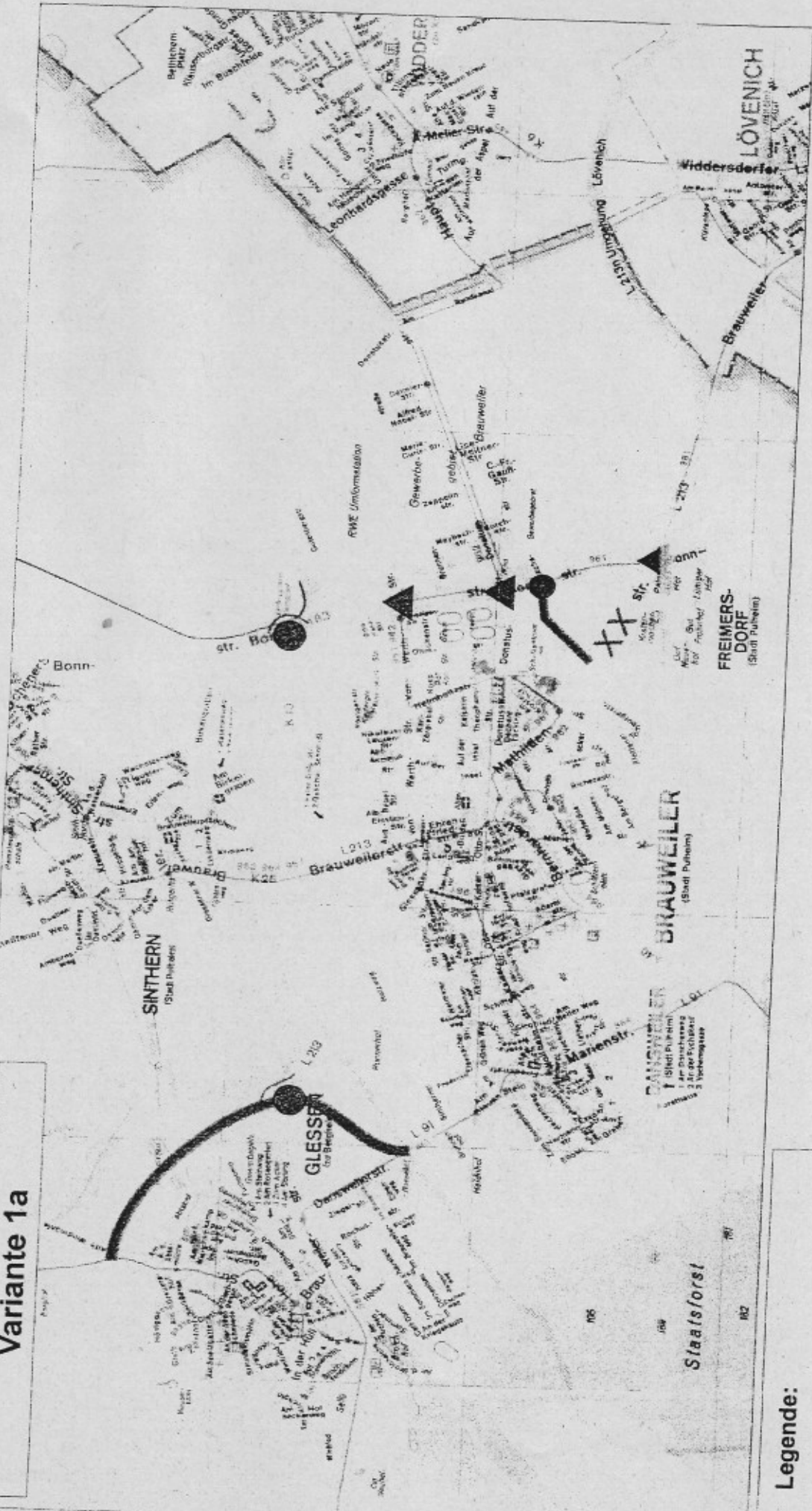
Die **Herren Bubacz** (SPD), **Rapelius** (ADFC) und **Nießén** (CDU) begrüßen den Vorschlag von Dez. Kohlmann.

Dem Vorschlag von **Dez. Kohlmann** wird

-einvernehmlich-

zugestimmt.

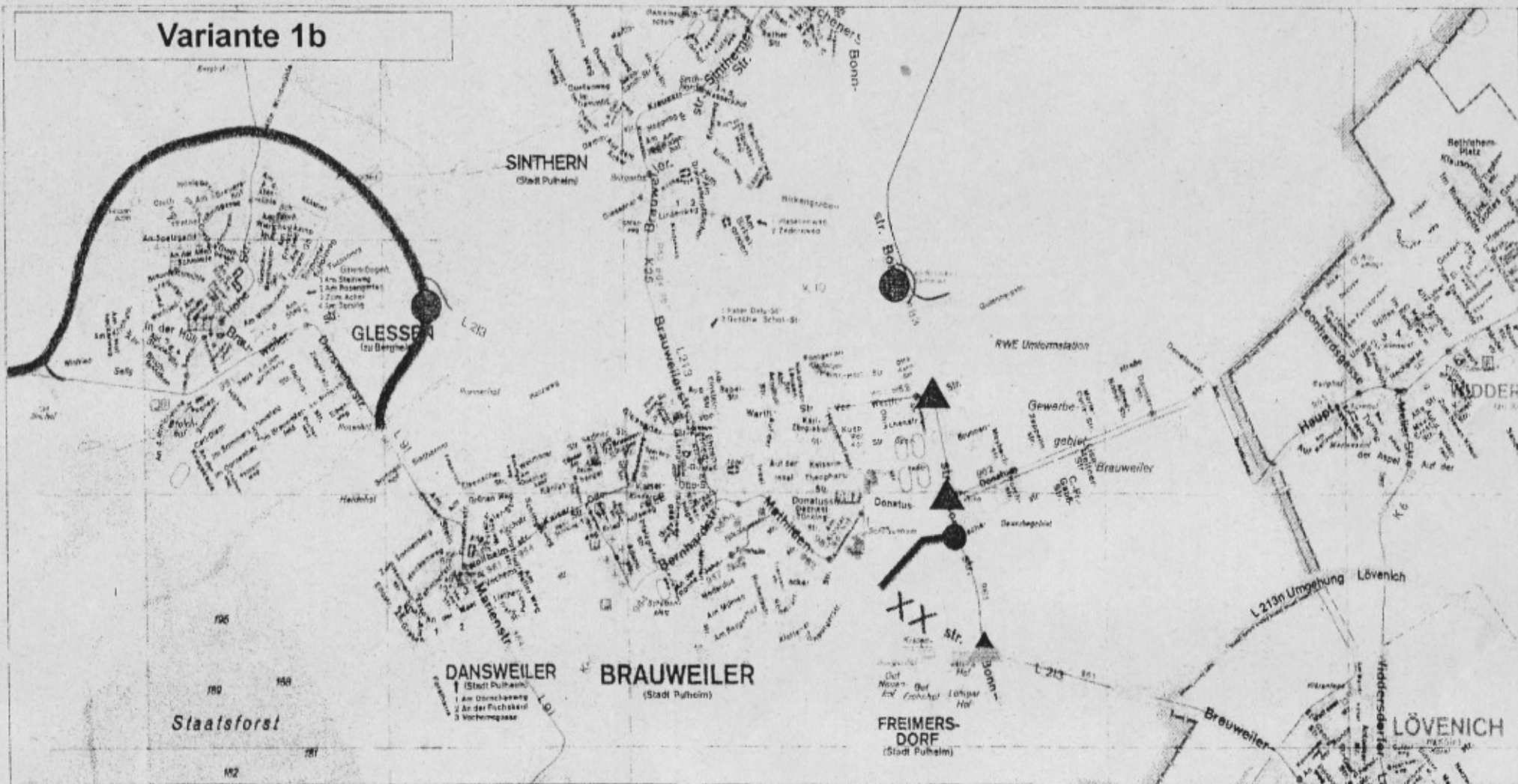
Variante 1a





Legende:

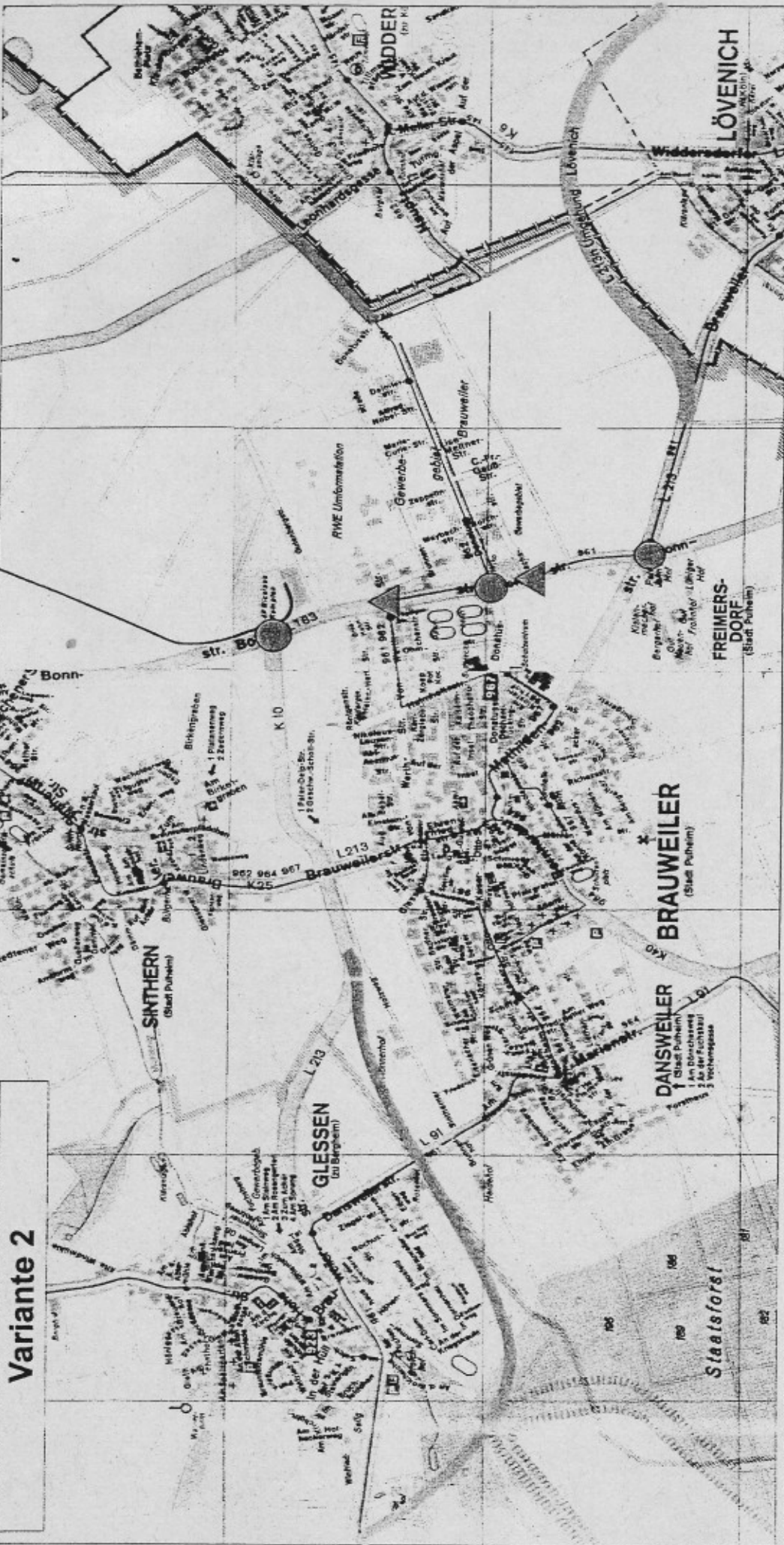
- Kreisverkehr
- ▲ Knotenumbau mit eingeschränkten Fahrbeziehungen

Variante 1b



Legende:

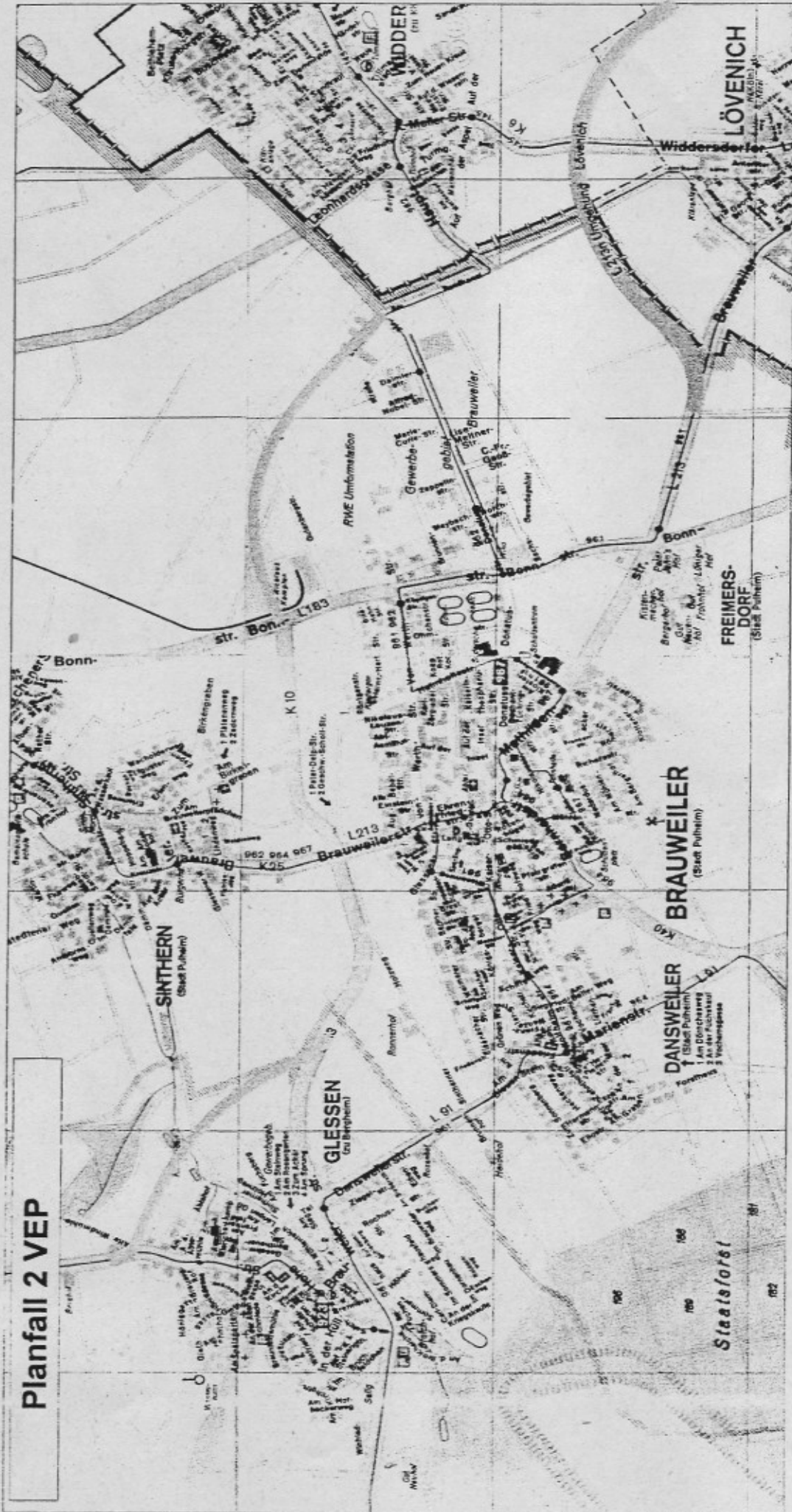
-  Kreisverkehr
-  Knotenumbau mit eingeschränkten Fahrbeziehungen



Variante 2

Legende:

- Kreisverkehr
- ▲ Knotenumbau mit eingeschränkten Fahrbeziehungen



Planfall 2 VEP

Variante 3

